

---

## **Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

Im Transitabkommen vom 17. Dezember 1971 und dem Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 vereinbarten beide deutsche Staaten Reiseerleichterungen. Der Verkehr zwischen Westdeutschland und West-Berlin wurde vereinfacht, ebenso die Einreise von Bundesbürgern in die DDR. Doch im Hintergrund intensivierte das MfS unter anderem die Überwachung der Transitstrecken in der DDR und dokumentierte Verstöße gegen das Transitabkommen.

Zwischen 1970 und 1972 unterzeichneten die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs, die Volksrepublik Polen sowie die beiden deutschen Staaten mehrere Abkommen und Verträge, die zu politischer Entspannung und praktischen Erleichterungen führten. Die Ostverträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen (unterzeichnet am 12.8. bzw. 7.12.1970) sowie das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (unterzeichnet am 3.9.1971) bildeten die Grundlage für mehrere innerdeutsche Vereinbarungen. Dazu zählten das Transitabkommen und der Verkehrsvertrag, die vor allem für Westdeutsche und West-Berliner Reiseerleichterungen bewirkten. Reisende zwischen Westdeutschland und West-Berlin konnten nun weitgehend unbehindert und ohne intensive Kontrollprozedur im Transit durch die DDR fahren.

Für den Staatssicherheitsdienst hieß dies, dass die Transitstrecken nun ähnlich intensiv zu überwachen waren wie die Grenzen der DDR, um Fluchtmöglichkeiten zu verhindern. Für die lückenlose Beobachtung von der Einreise bis zur Ausreise und um Missbrauch des Transitabkommens aufzudecken und abzuwehren, wurden fast alle Diensteinheiten der Stasi in die Planung einbezogen. Dies betraf sowohl das Ministerium in Berlin als auch die Bezirke entlang der Transitstrecken. Die Anzahl der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi stieg in den 70er Jahren deutlich an. Dies ist auch der empfundenen Notwendigkeit zu verdanken, bei steigenden Einreisezahlen die nun viel wahrscheinlichere Begegnung mit dem "Klassenfeind" zu kontrollieren.

Auf der Grundlage des Befehls Nr. 20/72 des Ministers Mielke waren regelmäßig ausführliche, quantitative Berichte über den Grenzverkehr an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) der Stasi zu liefern. Besonders die Verstöße gegen das Transitabkommen sollten aufgelistet werden.

---

**Signatur:** BArch, MfS, BdL/Dok, Nr. 1743, Bl. 1-18

---

### **Metadaten**

Diensteinheit: Minister für  
Staatssicherheit  
Rechte: BStU

Urheber: MfS  
Datum: 2.6.1972

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

100725

Ministerrat  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, den 2. 6. 1972

BSU  
000001

Vertrauliche Verschlusssache  
MIS 008 Nr. 530/72

664 Aufertigungen 9 Blatt  
Aufertigung

B e f e h l   Nr. 20/72

Mit der Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Vierseitigen Abkommens über Westberlin am 3. 6. 1972 treten

das Vierseitige Abkommen über Westberlin vom 3. 9. 1971,

das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17. 12. 1971,

die Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs vom 20. 12. 1971 und

die Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat über die Regelung der Frage von Enklaven durch Gebietsaustausch vom 20. 12. 1971

in Kraft.



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSU  
000002

- 2 -

Das Inkrafttreten dieser Abkommen und Vereinbarungen stellt einen bedeutenden Erfolg der Offensive der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze zur Verwirklichung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU und des Friedenskonzepts des VIII. Parteitages der SED dar. Es ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zur Festigung der Sicherheit in Europa sowie zur weiteren Stärkung der Positionen der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Ministerium für Staatssicherheit trägt für die sichere und vertragsgerechte Durchführung der sich aus Geist und Buchstaben der Abkommen und Vereinbarungen ergebenden Aufgaben eine hohe Verantwortung.

Die Lösung der umfangreichen politisch-operativen Aufgaben, vor allem zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transitverkehrs von zivilen Personen und Gütern auf Straßen, Schienen und Wasserwegen zwischen der BRD und Westberlin (im folgenden "Transitverkehr" genannt) sowie des Reise- und Besucherverkehrs von Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin in die DDR (im folgenden "Reise- und Besucherverkehr" genannt), verlangt von allen Angehörigen des MfS politische Klarheit, umsichtiges Handeln und hohe Einsatzbereitschaft sowie von allen Diensteinheiten ein enges, kameradschaftliches Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, gesellschaftlichen Organisationen, Einrichtungen und Kräften.

Zur wirksamen Aufklärung und Verhinderung aller feindlichen Pläne, Absichten und Maßnahmen, zur Abwehr aller feindlichen Handlungen, zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium der DDR sowie zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung der Abkommen und Vereinbarungen

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSU 000003
---------------

- 3 -      WS/MfS 008-530/72

b e f e h l e   i c h :

1. Die Gesamtverantwortung für die Lösung der politisch-operativen Aufgaben obliegt meinem 1. Stellvertreter, Generalleutnant Beater.

Meine anderen Stellvertreter, der Leiter meiner Arbeitsgruppe und der Leiter der Hauptverwaltung B tragen persönlich die volle Verantwortung für die qualifizierte Durchführung der für ihren Zuständigkeitsbereich gestellten Aufgaben.

2. Grundlagen für die Durchführung der politisch-operativen Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transitverkehrs und des Reise- und Besucherverkehrs bilden

mein Befehl 5/72, Abschn. 8 - 12,

der vorliegende Befehl,

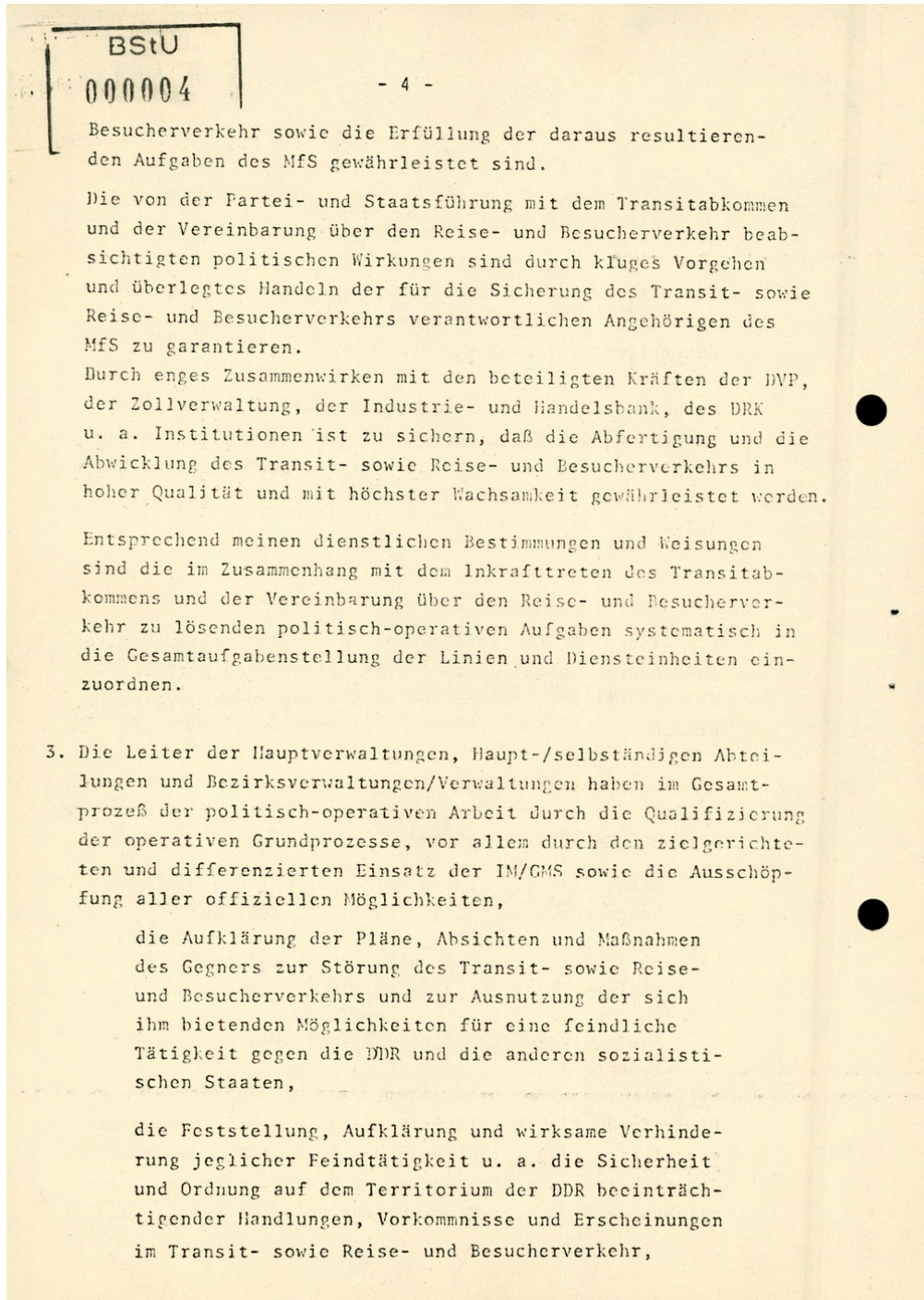
meine diesbezüglichen Weisungen auf den Dienstkonferenzen am 10. 3. und 11. 5. 1972 und

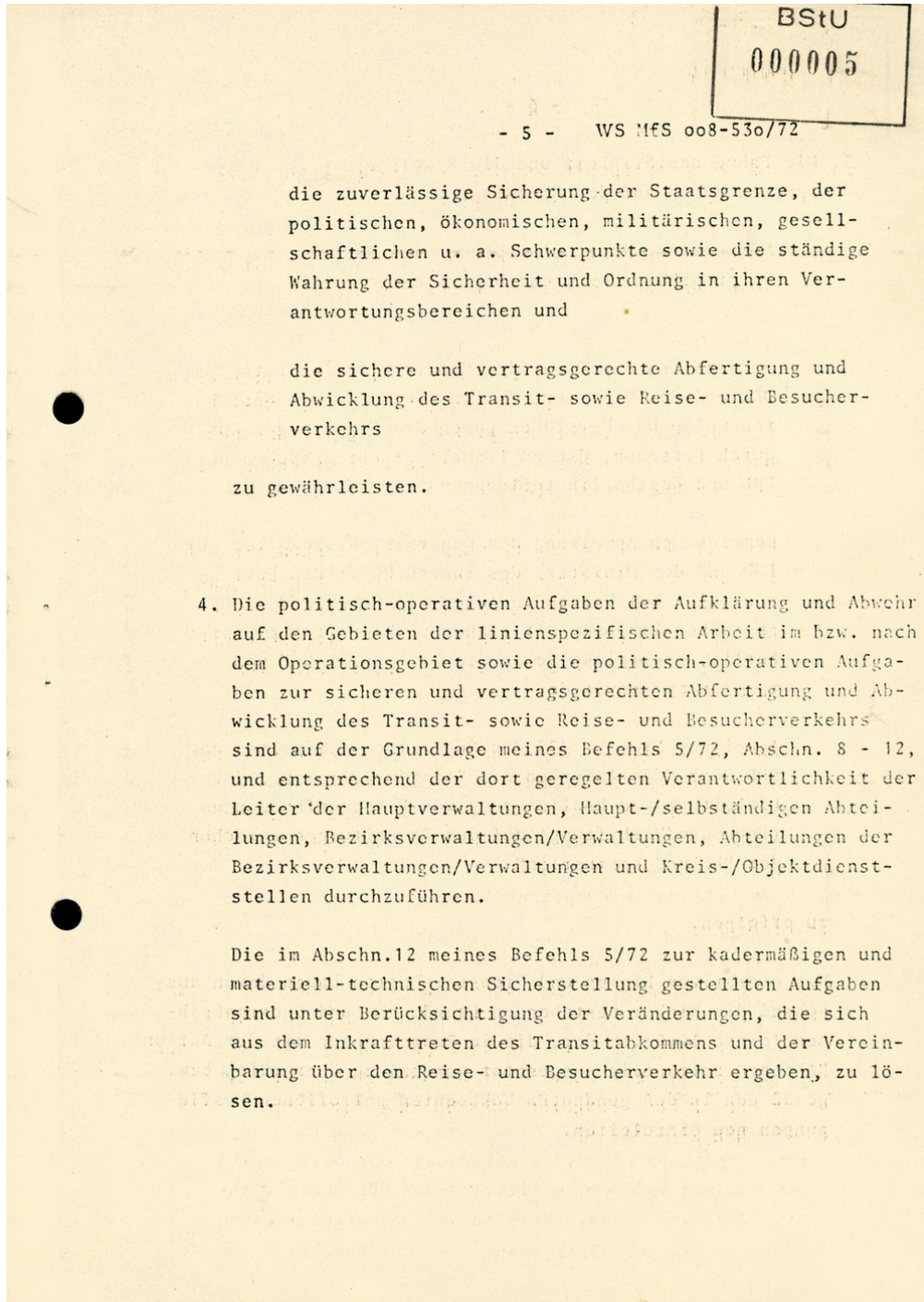
die "Vorläufige Ordnung über die Informations-tätigkeit gemäß Befehl 20/72"

sowie die anderen diesem Befehl beiliegenden Dokumente.

Die erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen sind so einzuleiten, daß mit Wirkung vom 3. 6. 1972, 24.00 Uhr, die sichere und vertragsgerechte Durchführung des Transitabkommens und der Vereinbarung über den Reise- und

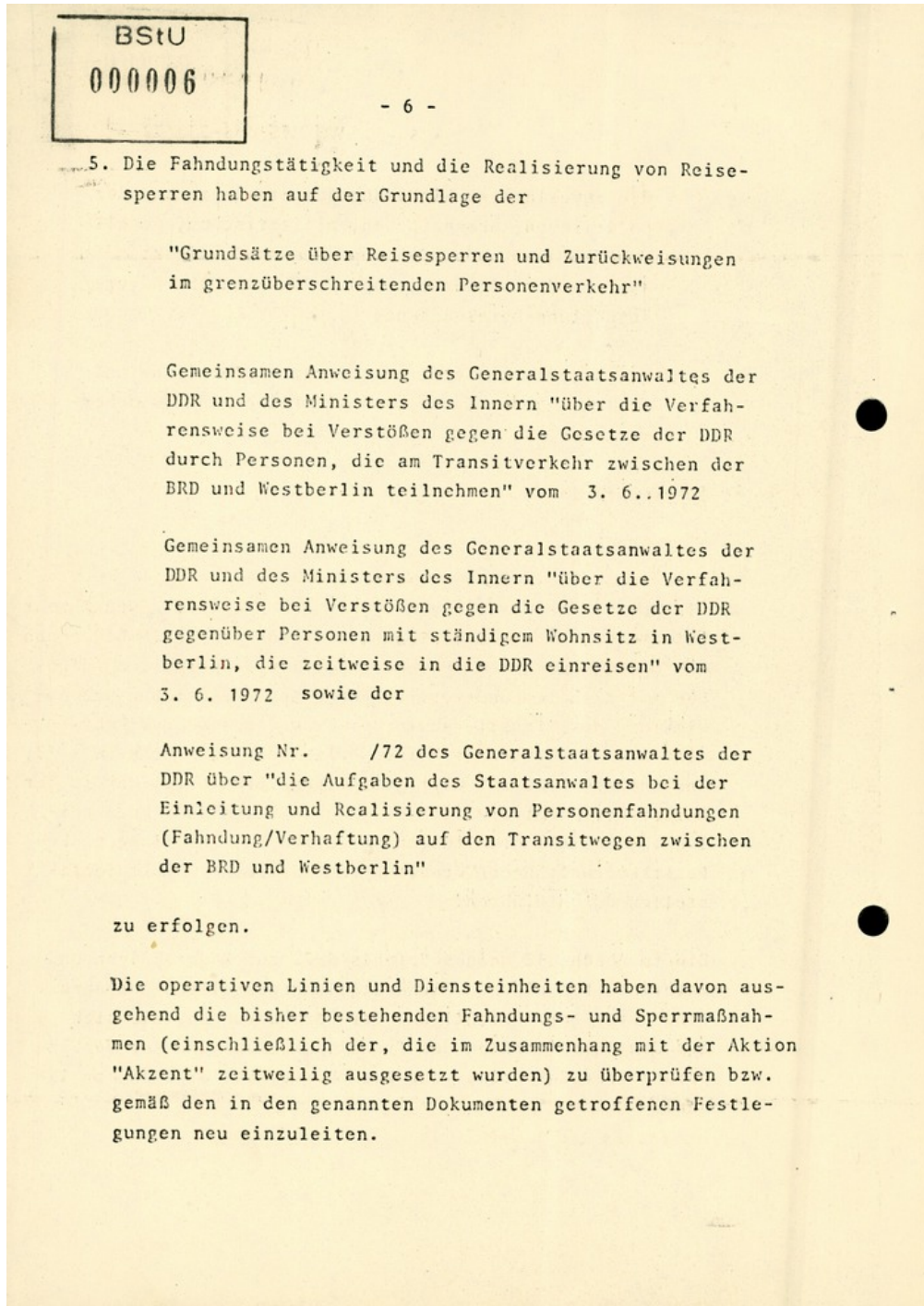


**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSU 000007
---------------

- 7 - VVS MfS 008-530/72

Anträge zur Realisierung von Fahndungsausschreibungen zu Verhaftungen von Transitreisenden sind mir über den Leiter der Hauptabteilung IX zur Bestätigung einzureichen. Nach erfolgter Bestätigung hat der Leiter der Hauptabteilung IX die erforderlichen Maßnahmen beim Generalstaatsanwalt der DDR und die Einleitung der Fahndung bei der Hauptabteilung VI zu veranlassen.

6. Alle Hinweise auf

Mißbrauchshandlungen (Artikel 16 Transitabkommen) und andere Verstöße gegen das Transitabkommen,

politisch-operativ relevante Verletzungen der Rechtsvorschriften der DDR durch Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin im Reise- und Besucherverkehr und

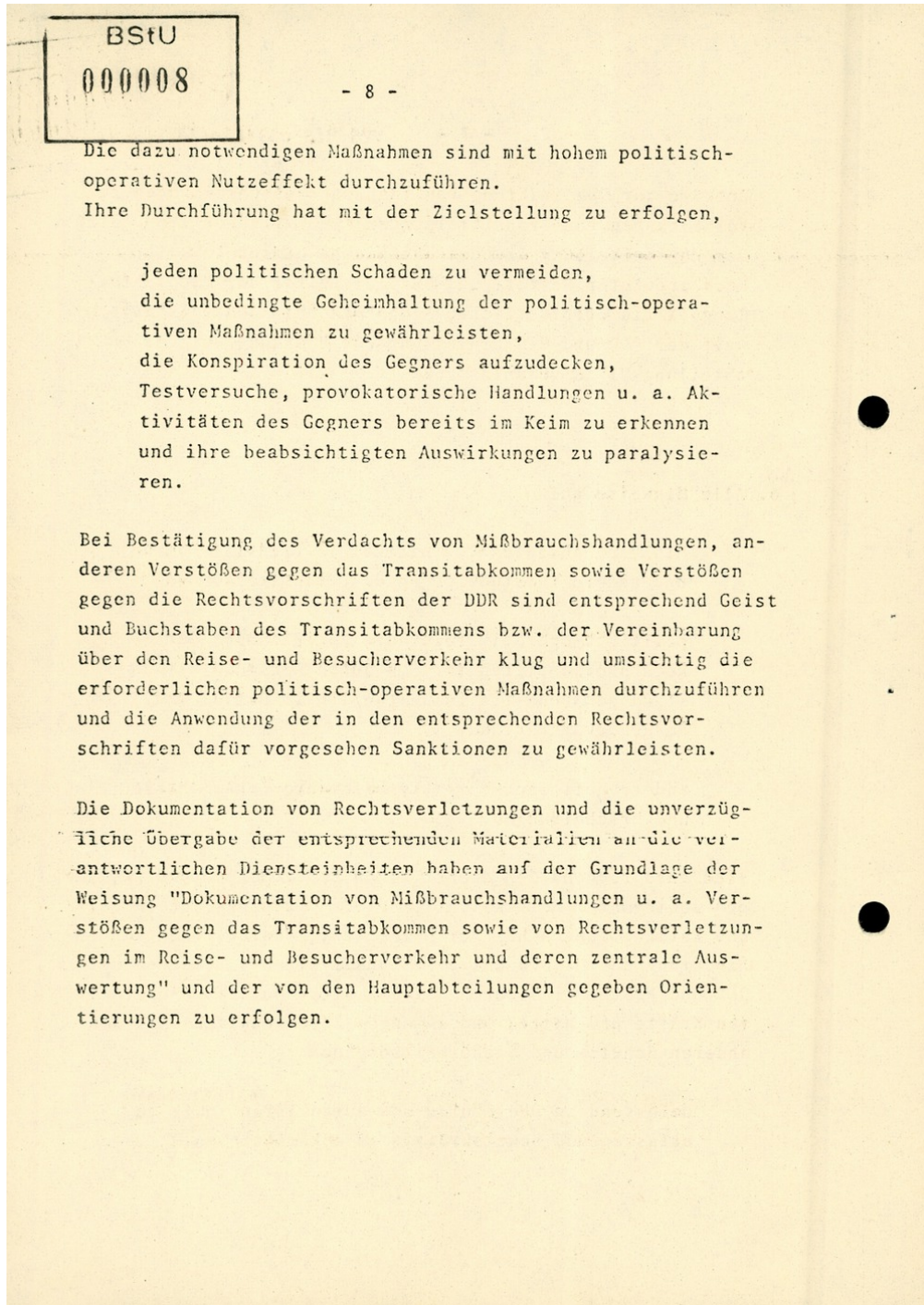
andere politisch-operativ relevante Vorkommnisse und Erscheinungen

sind entsprechend den dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sowie unter Berücksichtigung des "Katalogs über mögliche Entscheidungen bei der Aufdeckung, Bearbeitung und Verhinderung des Mißbrauchs des Transitverkehrs zwischen der DDR und Westberlin" durch Nutzung aller politisch-operativen Kräfte und Mittel und in engem Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen

umfassend zu überprüfen und aufzuklären sowie zu erfassen und beweiskräftig zu dokumentieren.



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BStU  
000009

- 9 -      VVS MfS 008-530/72

7. Im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung des Transit- sowie Reise- und Besucherverkehrs bedürfen

Entscheidungen zur

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft  
(gegen Transitreisende und eingereiste Personen  
mit ständigem Wohnsitz in Westberlin),  
außer den im Zusammenhang mit Fahndungsfest-  
nahmen getroffenen Regelungen,

Zurückweisung von Personen und von Fahrzeugen,  
außer den in den "Grundsätzen über Reisesperren  
und Zurückweisungen im grenzüberschreitenden  
Personenverkehr" (Abschn. 5 - Zurückweisungen)  
festgelegten Personenkreisen,

unbedingt meiner Zustimmung bzw. der Zustimmung meines für  
die jeweilige Linie zuständigen Stellvertreters.

Entscheidungen zur

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ohne Haft

bedürfen der Abstimmung mit dem Leiter der Hauptabteilung IX  
(für den Verantwortungsbereich der Dienstseinheiten im Mini-  
sterium für Staatssicherheit) bzw. der Zustimmung des Leiters  
der zuständigen Bezirksverwaltung/Verwaltung.

Entscheidungen zur

Aussetzung des Transports von Gütern,  
außer den in den Entscheidungsgrundsätzen der  
Zollverwaltung der DDR getroffenen Regelungen,



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSU  
000010

- 10 -

Durchsuchung von Personen, des Gepäcks und der  
Transportmittel,

außer bei hinreichendem Verdacht auf Mißbrauchs-  
handlungen im Sinne des Artikels 16 des Transit-  
abkommens, bei denen Personen auf frischer Tat  
festgestellt wurden und wo Gefahr im Verzuge  
vorliegt (die nachträgliche Bestätigung ist so-  
fort einzuholen),

Sicherstellung oder Beschlagnahme von Gegenständen  
im Ergebnis operativer Kontrollhandlungen,  
außer den in den Entscheidungsgrundsätzen der  
Zollverwaltung der DDR getroffenen Regelungen,

im Transitverkehr

bedürfen der Zustimmung des Leiters

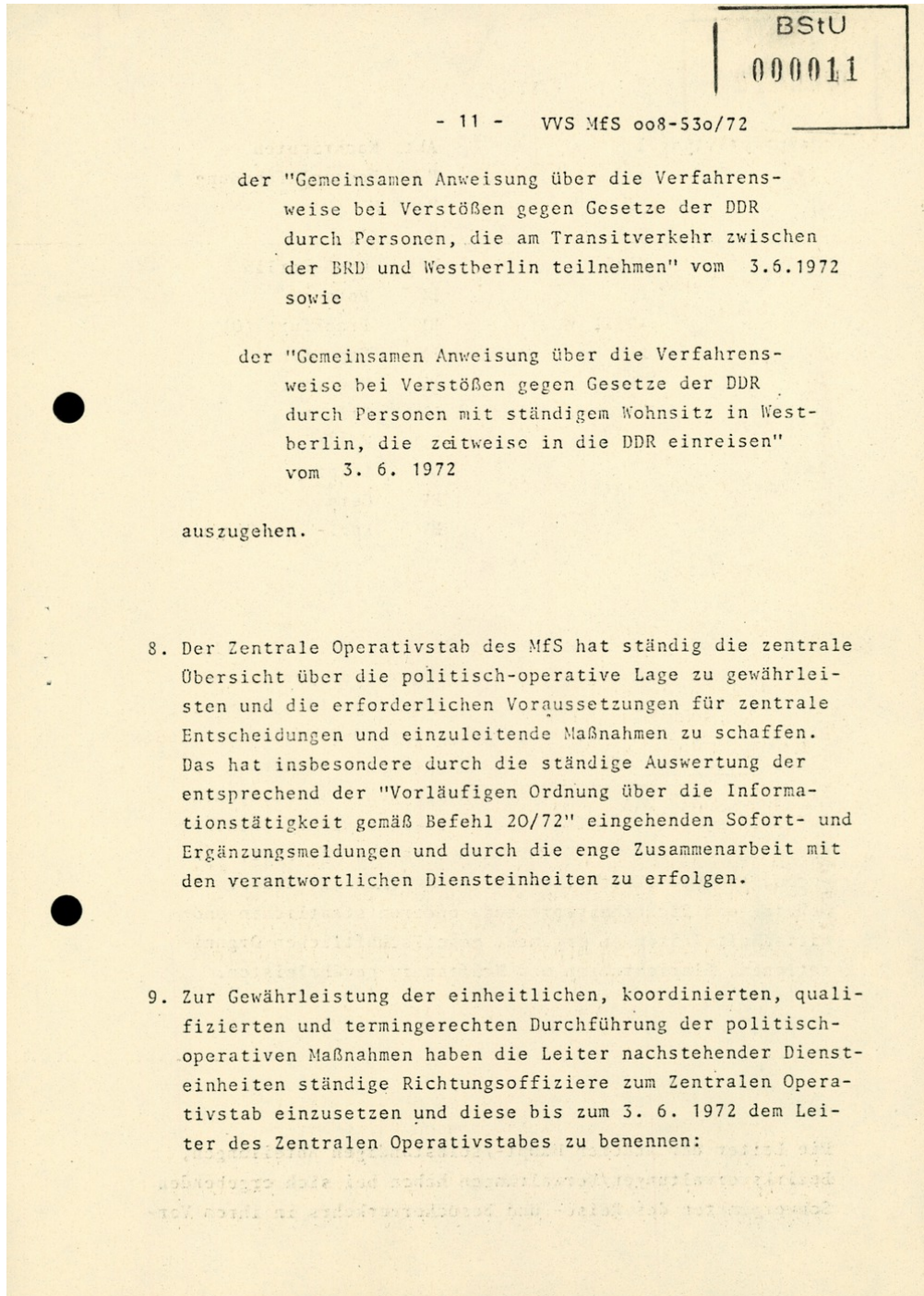
der Hauptabteilung VI,  
der Hauptabteilung VIII,  
der Hauptabteilung XIX

entsprechend ihrer Zuständigkeit.

In bedeutsamen Einzelfällen, z. B. wenn durch die Entschei-  
dung weitreichende politische Konsequenzen zu erwarten  
sind, ist meine Zustimmung bzw. die Zustimmung meines für  
die jeweilige Linie zuständigen Stellvertreters einzuholen.

Bei den zu treffenden Entscheidungen ist von den Festlegun-  
gen

der "Grundsätze über Reisesperren und Zurückwei-  
sungen im grenzüberschreitenden Personenver-  
kehr"

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

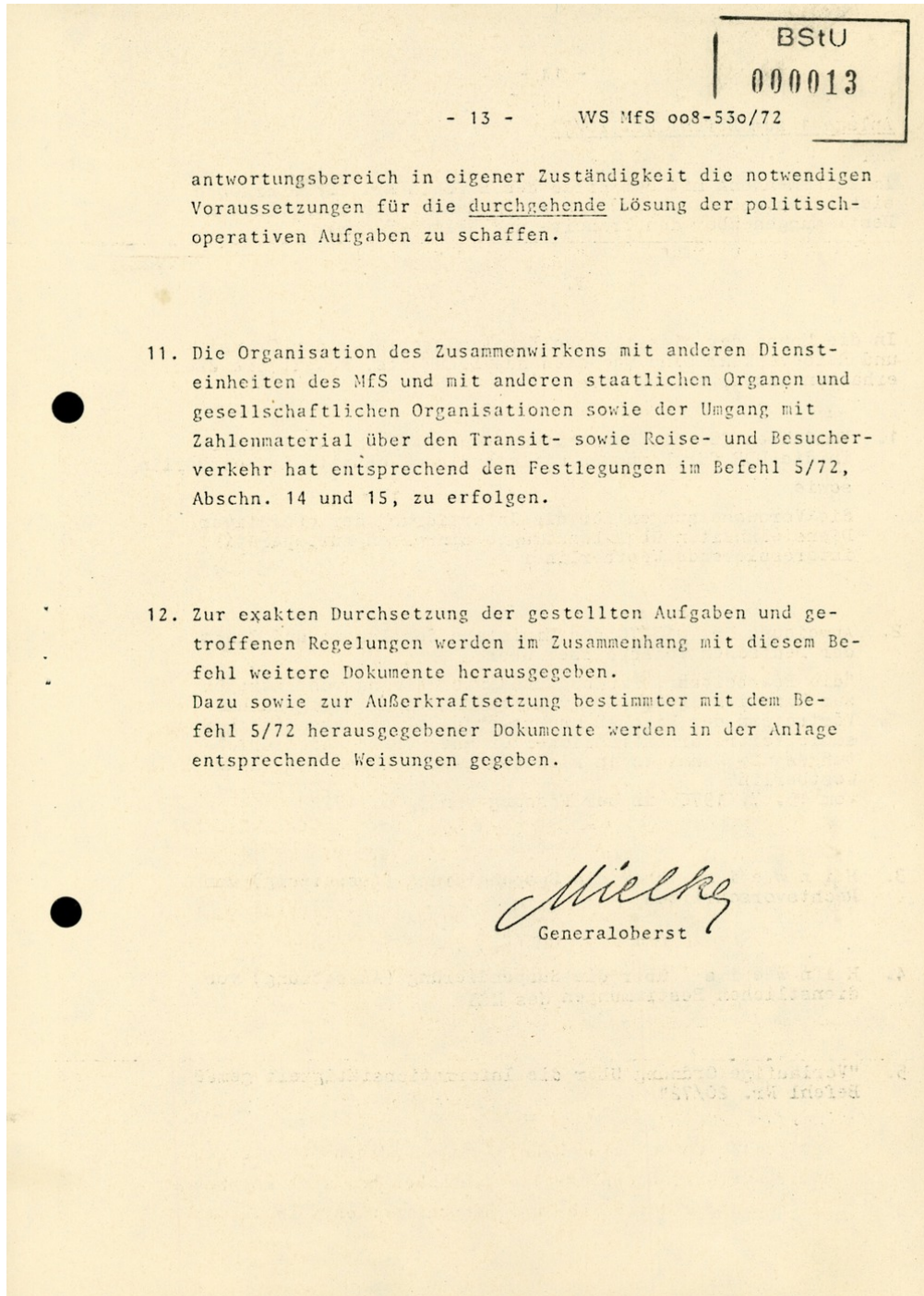


**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BStU	
000012	
- 12 -	
Hauptabteilung I	Abt. Nachrichten
" II	" Postzollfahndung
" VI	" M
" VII	" XII
" VIII	Verw. Groß-Berlin
" IX	BV Potsdam
" XVIII	BV Frankfurt (O)
" XIX	BV Schwerin
" XX	BV Magdeburg
" Kader u. Sch.	BV Erfurt
" Verw. u. Wirtsch.	BV Halle
ZAIG	BV Leipzig
	BV Gera
	BV Karl-Marx-Stadt

10. Die Leiter der Hauptabteilungen VI, VII, VIII, IX, XIX und XX sowie die Leiter der Verwaltung Groß-Berlin und der Bezirksverwaltungen Potsdam, Frankfurt (O), Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Halle, Leipzig, Gera und Karl-Marx-Stadt haben durchgehend die Lösung der ihnen zur Sicherung des Transit- sowie Reise- und Besucherverkehrs übertragenen Aufgaben sowie das erforderliche Zusammenwirken zwischen ihnen und mit anderen Diensteinheiten des MfS sowie ein enges, kameradschaftliches Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, gesellschaftlichen Organisationen, Einrichtungen und Kräften zu gewährleisten.

Die Leiter der anderen Haupt-/selbständigen Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben bei sich ergebenden Schwerpunkten des Reise- und Besucherverkehrs in ihrem Ver-

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSU
000014

- 14 -

Anlage 1 zum Befehl Nr. 20/72

Im Zusammenhang mit dem Erlass des Befehls Nr. 20/72 ergeben sich nachstehende Veränderungen im Rahmen der dienstlichen Bestimmungen über den Transit- und Reiseverkehr:

I.

In die Mappe der dienstlichen Bestimmungen über den Transit- und Reiseverkehr sind nachstehende Dokumente, soweit Sie diese erhalten haben, aufzunehmen:

1. Verfahren für die Bearbeitung von Anträgen auf Einreise in die DDR für Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin sowie die Voraussetzungen für die Informierung der operativen Dienstseinheiten über beantragte Einreisen für operativ interessierende Westberliner
2. Anweisung Nr. 013/70 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über  
*a. k. durch DV 15/72* "die Bearbeitung, Prüfung und Entscheidung von Anträgen zur Einreise in die DDR von westlichen Amtsträgern und Vertretern der Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sowie Vertretern kirchlicher Organe, Werke und Einrichtungen mit Wohnsitz in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin"  
vom 15. 7. 1970 in der Fassung vom 3. 6. 1972
3. H i n w e i s über die Suspendierung (Aussetzung) von Rechtsvorschriften
4. H i n w e i s über die Suspendierung (Aussetzung) von dienstlichen Bestimmungen des MfS
5. "Vorläufige Ordnung über die Informationstätigkeit gemäß Befehl Nr. 20/72"

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSTU  
000015

- 15 - VVS MFS 008-530/72

*Wurde  
nicht  
erlassen*

6. Zur Dokumentation von Mißbrauchshandlungen und anderen Verstößen gegen das Transitabkommen sowie von Rechtsverletzungen im Reise- und Besucherverkehr und deren zentrale Auswertung
7. Grundsätze über Reisesperren und Zurückweisungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr
8. Anweisung Nr.  
Die Aufgaben des Staatsanwaltes bei der Einleitung und Realisierung von Personenfahndungen (Fahndung/Verhaftung) auf den Transitwegen zwischen der BRD und Westberlin
9. Gemeinsame Anweisung (Generalstaatsanwalt/MdI)  
über die Verfahrensweise bei Verstößen gegen Gesetze der DDR durch Personen, die am Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin teilnehmen  
vom 3. 6. 1972
10. Gemeinsame Anweisung (Generalstaatsanwalt/MdI)  
über die Verfahrensweise bei Verstößen gegen Gesetze der DDR gegenüber Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin, die zeitweise in die DDR einreisen  
vom 3. 6. 1972
11. Regelung des Verfahrens zur Unterrichtung der zuständigen Behörden der BRD bzw. Westberlins über Festnahmen, den Ausschluß von Personen von der Benutzung der Transitwege und Zurückweisungen gemäß Artikel 16 Ziffer 5 Absatz 2 des "Abkommens zwischen der Regierung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" (Transitabkommen) sowie über mögliche Unterrichtung der vorgenannten Behörden gemäß Artikel 16 Ziffer 6 des Transitabkommens



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BStU	
000016	- 16 -

12. Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über  
"Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Transitverkehr ziviler Personen und Güter auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen der BRD und Westberlin durch das Hoheitsgebiet der DDR"  
vom 3. 6. 1972
13. 1. Durchführungsanweisung des Leiters der Hauptabteilung Transportpolizei zum Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 3. 6. 1972
14. 2. Durchführungsanweisung des Leiters der Hauptabteilung Schutzpolizei zum Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 3. 6. 1972
15. 3. Durchführungsanweisung des Leiters der Hauptabteilung Verkehrspolizei zum Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 3. 6. 1972
16. *a.k.d.* 2. Änderung zur Ordnung über die Kontrollaufgaben der DVP zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherung im *IV 8/72* ~~Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR zur BRD~~
17. Zehnte Durchführungsbestimmung zum Paßgesetz der DDR
18. Anordnung Nr. 5 über die Erfüllung der Meldepflicht
19. Anordnung über die Einrichtung von Liegeplätzen mit Landgang für die Besatzungen der Binnenschiffe im Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin
20. Anweisung über die Einrichtung von Rastplätzen für durchgehende Autobusse im Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin

**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

BSU  
000017

- 17 -      VVS MfS 008-530/72

21. Regelung über die Zulassung von Abschleppdiensten mit Sitz außerhalb der DDR
22. Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtausches

II.

Nachstehende dienstliche Bestimmungen sind bis zum 30. 6. 1972 an das Büro der Leitung, Dokumentenverwaltung, zurückzusenden:

1. Verfahren für die Bearbeitung von Anträgen auf zeitweilige Einreise in die DDR für Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin  
sowie  
die Voraussetzungen für die Informierung der operativen Dienstseinheiten über beantragte Einreisen für operativ interessierende Westberliner vom 9. 3. 1972  
VVS MfS 008-210/72
2. Ordnung über Informationstätigkeit während der Aktion "Akzent" vom 9. 3. 1972, einschließlich Anlagen 1 - 6  
VVS MfS 008-215/72  
VVS MfS 008-216/72  
VVS MfS 008-217/72  
VVS MfS 008-218/72  
VVS MfS 008-219/72
3. Grundsätze der Fahndung bei der zeitweiligen Anwendung des Transitabkommens DDR/BRD sowie der Vereinbarung über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs vom 9. 3. 1972  
VVS MfS 008-214/72



**Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"**

